

Ein Rückblick
auf den Klimagipfel
in Kopenhagen

Globales Regieren oder nationale Selbstbehauptung?

Matthias Kirch

Im Zeitalter von Globalisierung erscheint der klassische Nationalstaat so manch einem als Anachronismus längst vergangener Epochen. *Global Governance* lautet das Schlagwort für die Weltpolitik im ein- und zwanzigsten Jahrhundert, weil die globalen Probleme die Staaten zu globalem Handeln zwingen. Der Gipfel-Gigantismus der vergangenen Jahre scheint dabei den Trend zum Regieren jenseits des Nationalstaates zu bestätigen. Auf dem Klimagipfel in Kopenhagen wurde aber auch deutlich, dass es keinen Automatismus zu kooperativem Verhalten gibt, offenbar auch nicht in Zeiten, in denen die neuen globalen Fragen immer dringlicher werden. In Kopenhagen dominierten die nationalen Interessen vor internationaler Kompromissbereitschaft, der nationalstaatliche Selbstbehauptungswille stand im Vordergrund. Es wurden Konturen einer multipolaren Weltordnung erkennbar, die nicht zugleich multilateral ist und die stärker an das neunzehnte Jahrhundert der Nationalstaaten als an die Vision einer Weltgesellschaft erinnert. Es scheint, als ob internationale Politik im Zeitalter der Globalisierung immer mehr zu einer wenig eleganten Mischung von *Global Governance* und Selbstbehauptung der Nationalstaaten tendiert.

Global denken, national handeln

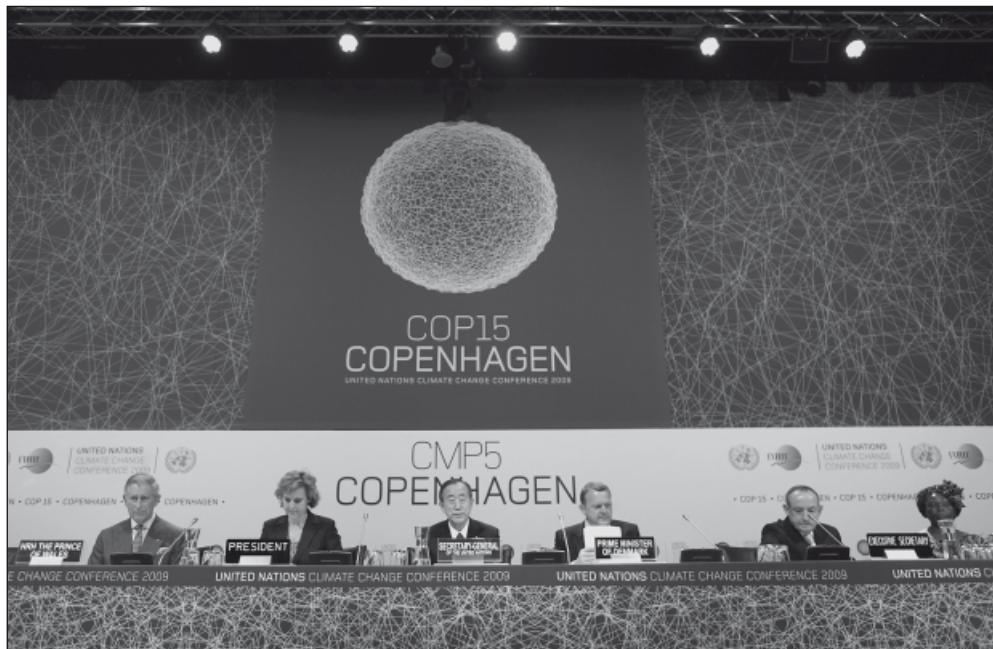
Nach dem Politikwissenschaftler Hans J. Morgenthau, der in den 1930er-Jahren von Coburg in die USA emigrierte, geht es in der internationalen Politik vor allem darum, Macht zu erhalten, Macht zu ver-

mehren oder Macht zu demonstrieren. Wie das Streben nach Energiesicherheit zu einem globalen Verdrängungswettbewerb rivalisierender Mächte geführt hat, ist auch der Klimaschutz längst zur internationalen Machtfrage geworden. Morgenthau Machtrealismus scheint wieder aktuell, denn in Kopenhagen wurde deutlich, dass internationale Politik auch mit Blick auf den globalen Klimaschutz primär ein nationalstaatlich organisiertes Ringen um Macht bleibt. Nur wer Macht hat, kann seine Interessen auch durchsetzen. Daran hat sich auch in Zeiten des *Global Governance* nichts geändert. 194 Mitgliedstaaten der Klimakonvention und 120 Staats- und Regierungschefs wollten in Kopenhagen über ein verbindliches Klimaabkommen verhandeln, herausgekommen ist eine wachsweiche Absichtserklärung. Zu groß sind die Unterschiede in den nationalen Interessen, zu gering die jeweiligen Zugeständnisse, zu stark der nationale Selbstbehauptungswille vor allem der Schwellen- und Entwicklungsländer gegenüber den scheinbar übermächtigen Industrienationen.

In Kopenhagen ging es am Ende nicht nur um globalen Klimaschutz und CO₂-Ausstoß, sondern auch um die globale Machtverteilung in einer multipolaren Welt. Dabei zeigt sich, dass sich die Geografie der Macht nach Asien verlagert, Amerika und Europa machen die Weltpolitik längst nicht mehr nur unter sich aus. Ehemalige Kolonialstaaten und Schwellenländer wie China, Indien, Brasilien und Südafrika sind heute zu mächt-

Prinz Charles, Connie Hedegaard, Präsidentin der Klimakonferenz, UN-Generalsekretär Ban Ki Moon, der dänische Premierminister Lars Løkke Rasmussen, Ivo de Boer, Leiter des UN-Klimageneralsekretariates, und die Friedensnobelpreisträgerin Wangari Maathai (v. l. n. r.) eröffneten am 15. Dezember 2009 auf der UN-Klimakonferenz die Ministerrunde in Kopenhagen.

© picture-alliance/dpa, Foto: Kay Nietfeld



tigen Konkurrenten auf dem Weltmarkt aufgestiegen, die selbstbewusst auftreten und hartnäckig ihre eigenen Interessen verfolgen. Auch wenn unter den Staaten Konsens über die neue Dringlichkeit des Klimaproblems herrscht, stehen nationale Lösungsansätze im Schutze der eigenen Souveränität im Vordergrund. Die Vorstellung von der *Einen Welt* verwest so zur Illusion, die Idee der internationalen Gemeinschaft wird zur Chimäre.

Gipfeldiplomatie als Machtprobe

Die einflussreichsten Länder der Welt haben den Selbstbehauptungswillen der Schwellen- und Entwicklungsländer offenbar unterschätzt. Vor allem China zeigte sich in Kopenhagen als entschlossene Verhinderungsmacht gegenüber einer schwachen Führungsmacht USA und

einer überraschten Verhandlungsmacht Europa. China hat auf dem Klimagipfel signalisiert, dass es seine Souveränität nicht verkaufen und die Regeln internationaler Zusammenarbeit selbst bestimmen will. Und auch die USA haben deutlich gemacht, dass Obamas konstruktiver Internationalismus nicht mit Altruismus zu verwechseln ist, sondern sich an den eigenen nationalen Interessen orientiert. Die europäischen Hoffnungen und Erwartungen mussten deshalb enttäuscht werden, denn ohne Abstimmung mit der Weltmacht USA und ohne die kluge Einbindung der Vetomacht China ist ein verbindliches Klimaabkommen nicht zu erzielen.

Besonders die Chinesen spielten eine taktisch geschickte Doppelrolle: Sie präsentierten sich einerseits im Stile einer

Weltmacht, die jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten ablehnt. Andererseits machten sie sich auf der Suche nach strategischen Partnerschaften für ungebremstes Wirtschaftswachstum zum Fürsprecher der G-77-Staaten. So gelang es China, die wichtigste Voraussetzung für den Klimakompromiss – die Kontrolle der Klimaschutzziele – zu umgehen und gleichzeitig die finanzielle Unterstützung der Schwellen- und Entwicklungsländer durch die westlichen Industrienationen einzufordern. Aus globalem Klimaschutz wird so schnell eine internationale Machtprobe, denn wenn Normen in Widerspruch zu vitalen Interessen geraten, überwiegen im Regelfall die Letzteren, wie schon Gottfried-Karl Kindermann (Vater des Neorealismus der Münchener Schule) wusste. Das gilt für die USA und China ebenso wie für den seit 1978 unabhängigen, im Südpazifik gelegenen Inselstaat Tuvalu, der gerade einmal zwölftausend Einwohner hat. Tuvalu begehrte in Kopenhagen gegen die Mächtigen der Welt auf und forderte die Vereinbarung verbindlicher Ziele zur Treibhausgas-Reduzierung in einem Post-Kyoto-Protokoll, weil es durch den Anstieg des Meeresspiegels infolge der globalen Erderwärmung vom vollständigen Untergang bedroht ist. Das Dilemma des Klimagipfels ist aus Sicht der Polynesier jedoch, dass es keine Alternative zu einer internationalen Lösung des Klimaproblems gibt.

Klimaschutz als Tauschgeschäft

Kindermann war es auch, der gelehrt hat, dass das Wissen um die Interessenperspektiven anderer Mächte die Grenzen und Möglichkeiten einer Realisierung der eigenen Interessen verdeutlicht und so zu einer Kraft wird, die mitbestimmend an der Formulierung der eigenen Interessen

beteiligt ist. Auch US-Präsident Obama hat in seiner Kopenhagener Rede deutlich gemacht: „No country would get everything that it wants.“ Angesichts so weit auseinanderklaffender Interessen, wie sie sich auf dem Klimagipfel gezeigt haben, erscheint ein Kompromiss allerdings als Quadratur des Kreises. Es geht nur so, wie es Nietzsche in *Menschliches, Allzumenschliches* formuliert hat: „Der Charakter des Tausches ist der anfängliche Charakter der Gerechtigkeit. Jeder stellt den Andern zufrieden, indem Jeder bekommt, was er mehr schätzt als der Andere. Man gibt Jedem, was er haben will als das nunmehr Seinige, und empfängt dagegen das Gewünschte.“

Solche „Tauschgeschäfte“ sind allerdings im Verhandlungsformat einer Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen kaum möglich. Schritt-für-Schritt-Diplomatie in kleineren Clubs statt Gipfel-Gigantismus wäre die bessere Lösung, denn ohne den enormen Verhandlungsdruck eines Klimagipfels und den Zwang zum Konsensverfahren ließen sich die Interessen leichter zum Ausgleich bringen. Guter Wille allein führt jedenfalls nicht zum Erfolg. Schon im Bericht „Global 2000“, der 1980 von der Carter-Administration veröffentlicht wurde, heißt es: „Die vorliegenden Informationen lassen keinen Zweifel darüber, dass die Welt [...] in den unmittelbar bevorstehenden Jahrzehnten mit ungeheuer dringlichen Problemen von großer Komplexität zu kämpfen haben wird. Prompte und mutige Wandlungen in der Politik auf der ganzen Welt sind erforderlich, um diese Probleme zu umgehen oder zu reduzieren, bevor sie sich nicht mehr bewältigen lassen.“ Auch wenn der Klimawandel nicht wartet, die Staats- und Regierungschefs setzen auf Zeit – und hoffen auf den Klimagipfel in Mexiko.